die Mobilmachung in Rußland wegen der weiten Entfernungen der einzelnen Truppenstandorte von einander längere Zeit in Anspruch nimmt als in Oesterreich, der Unterschied mag vielleicht drei Wochen betragen, aber gerade deswegen ist auf Redensarten, die aus Rußland kommen, um so weniger zu geben; wenn die Russen mit ihrer Aufstellung an der Grenze fertig sind, dann ist es zu spät, um die nöthigen Gegenmaßregeln zu ergreifen.

Es ist in neuester Zeit viel von diplomatischen Verständigungsversuchen über die bulgarische Frage die Rede gewesen, aber aus der schnell verflogenen Wirkung, welche die Enthüllungen der „Kölnischen Zeitung“ über den Prinzen Ferdinand von Coburg anfänglich hatten, ist ersichtlich, daß die bulgarische Frage heute nur noch eine sehr geringe Bedeutung für sich in Anspruch nehmen kann. Wenn die russischen Truppenansammlungen an der galizischen Grenze mit allen ihren Folgen keinen anderen Zweck hätten, als den Prinzen Ferdinand aus Sofia zu treiben, dann wäre Rußland aufrichtig zu bedauern, daß es sich wegen einer solchen Lappalie in so große Kosten stürzte und so bedeutende Kräfte gegen sich aufrief. Die russischen Blätter gestehen denn auch bereits ein, daß die Entthronung des Prinzen Ferdinand Rußland nicht zufriedenstellen könne, und es werden bereits Stimmen laut, welche die Räumung von Bosnien und der Herzegowina durch Oesterreich verlangen.

Daß Bulgarien für Rußland nicht Ziel, sondern nur Mittel sei, um seine Machtsphäre bis an den Bosporus auszudehnen, darüber konnte von Anfang an kein Zweifel bestehen, und wenn jetzt Rußland seine Heeressäulen vom Don bis an die Weichsel zusammenzieht, so ist es selbstverständlich, daß diese Bewegung nicht den Sturz des Coburgers zum Ziel haben kann. Vielleicht wäre Rußland damals noch wenigstens äußerlich dadurch zufriedenzustellen gewesen, als die Sendung des Generals Ernroth geplant wurde, aber die Ausführung derselben hätte doch nur das Zeichen zu weiteren Uebergriffen Rußlands gegeben, die von Oesterreich nicht geduldet werden konnten, wenn es mit seiner Politik auf der Balkanhalbinsel nicht vollständig brechen wollte. Die bulgarische Frage bildete von Anfang an für Rußland nur den Vorwand, um den Schlußact des russisch-türkischen Krieges von 1877/78, der damals in Folge eingetretener Hindernisse nicht gegeben werden konnte, zur Darstellung zu bringen. Weil diese Absicht schon vor zwei Jahren erkannt wurde, deshalb wurde Rußland von Oesterreich, England und Italien in Bulgarien so zäher Widerstand geleistet. Die Lage hat sich seitdem kaum geändert, ihre Gestalt ist nur allmälig klarer hervorgetreten. Die Entwickelung dieser Angelegenheit ist deshalb nicht eine solche, die von heute auf morgen plötzlich ein anderes Wesen erhalten kann, worauf es allein ankommt, ist, daß Rußland die Ueberzeugung gewinnt, dem Dreibund gegenüber seine Wünsche nicht durchsetzen zu können. Ihm diese Ueberzeugung zu verschaffen, ist die Aufgabe der Politik Deutschlands und seiner Verbündeten. *

* * *

* Nach Mittheilungen, welche aus Pest der „Neuen Freien Presse“ von hervorragender Seite geworden sind, scheint es, wie schon vorstehend erwähnt, ziemlich sicher zu sein, daß der österreichischen Regierung über die Vorschiebungen von russischen Truppen an die Westgrenze von Petersburg aus beruhigende Aufklärungen gegeben worden sind. Diese Aufklärungen wurden spontan ertheilt und tragen auch keinen officiellen Charakter an sich, da es selbstverständlich auch nicht möglich war, in Petersburg officielle Anfragen zu stellen. Die Verschiebung der russischen Truppen aus dem Innern nach Polen wäre somit eine Consequenz der nach dem türkischen Kriege begonnenen Reorganisation und Dislocation der russischen Armee gewesen und hätte durchaus keinen aggressiven, sondern lediglich den Zweck, vom baltischen bis zum Schwarzen Meere einen militairischen Grenzcordon zu etabliren. Die Aufstellung des Cordons sei nun durchgeführt und die Truppenverschiebungen daher beendigt. So sollen ungefähr die Aufklärungen gelautet haben, welche man dem österreichischen Botschafter Grafen Wolkenstein in Petersburg gab, und dasselbe soll auch aus Aeußerungen hervorgehen, welche der russische Botschafter Fürst Lobanow in Wien gesprächsweise gemacht hat. Der Umstand, daß diese Versicherungen nur officiös erfolgt sind, benimmt ihnen übrigens, wie die „Neue Freie Presse“ meint, durchaus nicht ihren beruhigenden Werth, und ebenso ist die Erklärung willkommen, daß im diplomatischen Verkehr zwischen den Cabineten von Wien und Petersburg sich in letzter Zeit nichts ereignet habe, was die geringste Veranlassung zu einer Differenz geben könnte. — Die oben angedeuteten Mittheilungen lauten:

Die Nachricht des Pariser „Temps“, Rußland hätte einigen Mächten mitgetheilt, daß die Truppen-Dislocirungen in Polen beendigt sind, ist formell ganz gewiß unrichtig, da derartige Mittheilungen aus sponte nicht üblich und keine Macht officiell Veranlassung hatte, eine diesbezügliche Anfrage nach Petersburg zu richten. Im Wesen dürfte jedoch die Mittheilung zutreffend sein, denn nach den Informationen der officiellen Kreise sind in letzter Zeit keine weiteren Truppennachschübe an die russische Westgrenze erfolgt, noch solche in Aussicht genommen. Sowohl die officiösen Mittheilungen, die dem Grafen Wolkenstein in Petersburg zu Theil geworden, als auch die gesprächsweisen Aeußerungen des Fürsten Lobanow in Wien — zu officiellen Anfragen oder Erklärungen konnte es nach Maßgabe der Lage bis jetzt niemals kommen — stellten es für die maßgebenden Kreise außer allen Zweifel, daß die militairischen Bewegungen an der russischen Westgrenze ausschließlich die letzten Consequenzen der unmittelbar nach dem russisch-türkischen Kriege beschlossenen Organisation und Dislocation der russischen Wehrmacht waren, deren Tendenz dahin ging, vom baltischen bis zum Schwarzen Meere eine Art von Grenzcordon zu ziehen, der nach Auffassung der russischen Militair-Autoritäten als nothwendige, aber keineswegs aggressive Schutzmaßregel erschien. Diese Verfügungen sind nunmehr vollständig beendigt, und wenn den spontanen Aeußerungen der russischen Vertreter im Auslande Glauben beizumessen ist, so sollen dieselben auch keinerlei Fortsetzung erfahren. Wie überhaupt in dem Wettstreite der Militairmächte jede Maßregel, hatte auch diese zur Folge, daß sowohl Deutschland als auch Oesterreich-Ungarn genöthigt waren, das militairische Gleichgewicht an der Grenze wenigstens theilweise herzustellen. Es soll sich jedoch, wie uns mit größter Bestimmtheit und ohne jeden Rückhalt versichert wird, im diplomatischen Verkehr der Cabinete auch nicht die geringste Veranlassung oder Differenz ergeben haben, welche ernstere Complicationen als möglich oder wahrscheinlich erscheinen ließe, mit der einzigen Ausnahme des Umstandes, daß die öffentliche Meinung in Rußland über die Erfolglosigkeit des letzten Krieges und seiner Opfer täglich erbitterter wird. An maßgebender Stelle läßt man sich in dieser Auffassung von dem Kriegslärm in der sogenannten inspirirten Presse nicht irremachen, zumal man dort fest überzeugt ist, daß niemals früher ein so frevelhafter und leichtfertiger Schwindel unter angeblich officiöser Flagge betrieben worden ist, wie in diesen Tagen, und daß die Motive dieses Treibens nicht immer die lautersten gewesen. Ueberdies seien auch im Publicum die bedauerlichsten Verwirrungen wahrnehmbar in Unterscheidung dessen, welche Kundgebungen Anspruch auf Beachtung erheben können und welche Eigenbau der betreffenden Redactionen sind, die nur äußerst selten wirklich mit Inspirationen versehen werden. Die in hiesigen, namentlich oppositionellen Kreisen aufgetauchte Vermuthung, daß Oesterreich-Ungarn seinen Standpunct in der Orient-Frage insbesondere bezüglich des bulgarischen Problems geändert hätte, entbehrt jeder Begründung. In den letzten Wiener Conferenzen wurde die bulgarische Frage mit keinem Worte erwähnt, da es sich in den Conferenzen ausschließlich um finanzielle und militairische Angelegenheiten handelte. Ebenso wenig war jemals von einer besonderen Mission nach Petersburg die Rede, da für solche keine Nothwendigkeit, ja nicht einmal die Möglichkeit vorlag; denn es muß wiederholt betont werden, daß im Verkehr zwischen dem Wiener und Petersburger Cabinete seit vielen Monaten nicht die leiseste Trübung eingetreten ist. Wenn die bulgarische Frage, wie es den Anschein hat, demnächst auf die Tagesordnung gelangen sollte, so ist die Verhandlung und Behandlung derselben durch den Berliner Vertrag von selbst gegeben, und es ist die Möglichkeit keineswegs ausgeschlossen, daß in einem vorgeschritteneren Stadium der Sache abermals eine collective Form der Verhandlung der Signatarmächte gewählt wird, obgleich ein diesbezüglicher Antrag bis jetzt von keiner Seite gestellt oder in Aussicht genommen wurde. Man glaubte in hiesigen maßgebenden Kreisen für jetzt von allem Anfange an keine ernste Complication und wurde in diesem Glauben durch die letzten Ereignisse nicht wankend gemacht, was jedoch nicht hindern konnte, alle militairischen Consequenzen aus der russischen Reorganisation und der damit zusammenhängenden Dislocation zu ziehen. Die Verschiedenheit der Angaben über die Höhe des der gemeinsamen Regierung gewährten Vorschusses ist der beste Beweis dafür, daß eine officielle beglaubigte Mittheilung hierüber nicht erfolgte.

Leipzig, 25. December 1887.

* Die Presse hat bereits vor dem Feste mit ihren Weihnachtsbetrachtungen begonnen. Wir heben aus denselben den folgenden Artikel der „Nationalliberalen Correspondenz“ hervor. Das Blatt schreibt:

Es ist keine absonderlich freudige Stimmung, welche unser Volk in diesem Jahre dem Weihnachtsfeste entgegenbringt. Ueber Europa und seinen einflußreichen Staaten liegt ein dumpfer Druck, und Handel und Wandel leiden unter der immer bestimmter auftretenden Meinung, daß sich ein Ausweg aus den Wirren der Gegenwart nur mit dem Radicalmittel eines Krieges finden lasse. Nicht Wunder nehmen darf es, wenn die andauernden Beunruhigungen, wie sie seit Jahren von den Völkern im Osten und Westen ausgehen, endlich auch bei uns ein gewisses Echo fanden und nicht mehr mit der gleichen Kaltblütigkeit wie früher aufgenommen werden. Staat und Volk in Deutschland haben überzeugend dargethan, daß das neugeschaffene, einheitliche Reich nur den Frieden erstrebt und gewillt ist, ihn sogar mit eigenen Opfern aufrecht zu erhalten. Unser greiser Kaiser hat diesem obersten Ziel seine volle Thätigkeit gewidmet und oft ist es ihm nur durch seine persönliche Einwirkung gelungen, die Gefahr eines nahe bevorstehenden Krieges zu beschwören.

Während sich die einzelnen Völker an der Hand des sich immer reger gestaltenden internationalen Weltverkehrs fester und fester aneinander schließen, hat anderseits das Nationalitätsprincip eine Mauer errichtet, welche fast unübersteigbar erscheint. Deutschland hat in einem ruhmreichen Kampfe seine nationale Einheit und damit die ihm seit lange gebührende Weltmachtstellung errungen, doch der von ihm rechtlich gewonnene Vortheil wird von den andern Mächten, welche früher mehr im Vordergrunde standen, nur widerwillig anerkannt und mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln bestritten. Man hat die Hoffnung noch nicht aufgegeben, das kräftige deutsche Reich in seine alte Machtlosigkeit zurücksinken zu sehen, damit das frivole Spiel vergangener Jahrhunderte von Neuem beginne. Vor wenig Tagen hat aber nun der deutsche Reichstag, als Vertreter unseres Volkes, bei der Verhandlung über das Wehrgesetz bewiesen, daß wir entschlossen sind, die staatlichen und nationalen Errungenschaften mit allen Mitteln und Opfern zu erhalten und zu vertheidigen, daß eine große Nation nicht gewillt ist, wegen inneren Widerstreites die wehrhafte Rüstung nach außen zu schädigen und zu schwächen.

Möge das Ausland die klare Lehre, welche ihm in den betreffenden Reichstagsverhandlungen ertheilt wurde, in ihrem ganzen Umfange verstehen und sich vor jeder falschen Schlußfolgerung bewahren. Man wünscht in Deutschland den Krieg nicht, aber man fürchtet ihn auch nicht, und wird ihn auszukämpfen wissen, falls er von unseren nimmerrastenden Gegnern leichtsinnig heraufbeschworen werden sollte. In Oesterreich-Ungarn scheint man sich den russischen Truppenbewegungen gegenüber sehr vorsichtig zu verhalten, und man weiß nicht, ob die verhältnißmäßig sehr bescheidenen militärischen Vorkehrungen Oesterreichs die russische Kriegspartei nicht zur erneuten Action ermuntern. Mit den 12 Millionen Gulden, welche in Oesterreich zur Verfügung gestellt wurden, läßt sich nur herzlich wenig anfangen und keinesfalls ein weitausgreifender Krieg, wie er den Verhältnissen nach in Aussicht stände. Doch auch in Rußland werden die Finanzen ein sehr kräftiges Wort in die kriegerischen Gelüste hineinwerfen, denn die vergeblichen Bemühungen betreffs einer Zweihundert-Millionen-Anleihe haben an der Newa selbst in weiteren Kreisen ein tiefer gehendes Verständniß erschlossen. Daß die Lösung der bulgarischen Frage, auch mit starker Betonung der russischen Wünsche, sich auf friedlichem Wege erzielen lasse, unterliegt um so weniger einem Zweifel, als sich die Diplomatie noch auf ziemlich freundschaftlichem Fuß befindet und sie gewiß Rußland Gelegenheit bieten wird, sich aus der Sackgasse mit Anstand herauszuwinden. Das einzige Opfer dürfte dann Ferdinand von Bulgarien sein, vielleicht noch seine ehrgeizige Mutter Clementine, um derentwillen weder Oesterreich noch Deutschland zu den Waffen greifen werden. Sollte Rußland alle eine Lösung der bulgarischen Frage nach dieser Seite wünschen, so könnte es sich sein Rüstungsfieber ersparen und einfach erklären, daß die Sache Bulgariens einem europäischen Congreß zur Entscheidung vorgelegt werde. Ob dadurch ein dauernder europäischer Frieden gewonnen würde, bleibt allerdings noch fraglich, doch dürften sich fürs Erste die Verhältnisse immerhin günstiger stellen.

Wir in Deutschland werden den Verlauf mit Aufmerksamkeit und Ruhe verfolgen, wenn wir auch aufrichtig wünschen, daß die Klärung möglichst bald herbeigeführt werde. Unser Weihnachtsfest dürften die Bulgaren nicht stören, denn wir hätten vor ihnen noch mit manchem Unbehagen abzurechnen. Doch bei einer Feier, welche das Herz mit freudiger Dankbarkeit begehen soll, muß man Entschlossenheit genug besitzen, dem Ungemach für wenige Tage die Thür zu schließen. Trifft uns doch, um die Freude zu mehren, aus San Remo die hoffnungsreiche Nachricht, daß unser allgeliebter Kronprinz einer möglichen Heilung entgegengeht und wir ihn im Vollbesitz von Kraft und Gesundheit wieder begrüßen werden. Diese Hoffnung ist der lichte Strahl, welcher über das Weihnachtsfest unserer deutschen Nation fällt, und an ihm wollen wir unser Herz aufs Neue erwärmen. Die Kerzen des Tannenbaums durchstrahlen das Haus, Weihnachten ist ein Fest der Liebe, der Familie, und bei seinem glänzenden Licht sollen wir der Wahrheit eingedenk sein, daß nur in der Familie jene gesunde Kraft emporwächst, aus der man große Nationen bildet.

* * *

* Der russische „Regierungsanzeiger“ meldet: „In der vergangenen Woche liefen Nachrichten über Ruhestörungen in den höheren Lehranstalten von Charkow, Odessa und Kasan ein. In dem Charkow'schen technologischen Institut veranstalteten die Studenten eine Versammlung und verweigerten den Behörden den Gehorsam. Gegen 30 Studenten der Charkower Universität verließen am 15. d. (3. a. St.) plötzlich die Auditorien und vereinigten sich nach vorheriger Abmachung auf der Straße mit einer Anzahl von Besuchern des technologischen und Veterinär-Instituts, verübten Ruhestörungen und schlugen die Fenster der unteren Etage des Universitätsgebäudes ein. In der Odessaer Universität arrangirten die Studenten am 14. d. (2. a. St.) ebenfalls eine Zusammenkunft, störten die Vorlesungen und verlangten lärmend die Aufhebung der bestehenden Universitätsordnung. In Kasan hielt am 16. d. (4. a. St.) eine größere Anzahl Studenten der Universität und des Veterinär-Instituts lärmende Versammlungen ab, wobei die Hörer der Vorlesungen ähnliche Forderungen stellten, wie diejenigen der Odessaer Universität. In diesen drei Universitäten und in dem Charkower technologischen Institut wurden die Vorlesungen eingestellt. Durch den Vergleich mehrerer hierbei zu Tage getretene Umstände ergiebt sich, daß bei allen diesen Unruhen Aufhetzungen übelwollender Leute mitwirkten.“

* König Milan ist ein großer Redner und läßt keine Gelegenheit vorüber, ohne sein Licht leuchten zu lassen. Als er am Sonntag, am Feste des Schutzpatrons Serbiens, die Skupschtina empfing, hielt er wieder eine große Rede, in der er auch seine Ansichten über die auswärtige Politik Serbiens entwickelte. Nach der „Neuen Freien Presse“ sagte er im Wesentlichen:

Es freuen ihn diese Glückwünsche besonders deshalb, weil er in denselben bei dem Anlasse dieses serbisch-nationalen Festes der „Slava“ eine Manifestation des serbischen Nationalgefühls erblicke. In dem jetzigen gefahrdrohenden Momente, in welchem Europa schwebt, sei es von doppeltem Nutzen, diese nationale Individualität hervorzuheben. Sollte es zwischen der germanischen und slawischen Idee einmal zum Kampfe kommen, so darf das Serbenthum an demselben nicht theilnehmen, sondern es müsse die Rolle des Zuschauers spielen. Die serbische Individualität könne nicht germanisirt, wohl aber slawisirt werden, und dann würde sie auch verschwinden. Man könne von dem gegenwärtigen Repräsentanten der rein nationalen Dynastie Obrenowich nicht verlangen, das Werkzeug der slawischen Idee zu sein — nur für die serbische Idee hatten die Obrenowich gelebt und wären auch für dieselbe gestorben. Er wolle den Traditionen seiner Familie folgen, und dies sei das Geheimniß seiner äußeren Politik. Auf die inneren Fragen übergehend, sagte der König, er stehe über den Parteien und habe keine Voreingenommenheit weder für die eine noch für die andere. Er mußte das letzte Mal zu den radicalen Abgeordneten offen und langgerich sprechen und hoffe, daß sie ihn wohl verstanden haben. Die Votirung der Steuervorlagen sei unumgänglich nothwendig; er wisse, daß das Land große Lasten zu tragen habe, aber ohne diese Opfer würde der Staat zum finanziellen Ruin gerathen, und die Verantwortung würde dann ihn treffen. Er wünsche auch Reformen, jedoch nur solche, welche dem Lande wirklich zum Heile gereichen, wie zum Beispiel ein Gesetz über die Organisirung der Gemeinden, zu solchen Reformen wird er immer gern seine Zustimmung geben. Ueber die künftige Thätigkeit der Nationalversammlung könne er sich noch kein Urtheil bilden, jedoch müsse er sein Bedauern über die Art ausdrücken, wie die Discussion über den Vertrag mit Bulgarien geführt wurde, und daß man die so wichtige Angelegenheit vertagt hat. Er hoffe, die Skupschtina werde diesen Vertrag annehmen, und wünsche, daß ihre Arbeiten von besserem Erfolge als bisher gekrönt sein mögen.

* Aus Brüssel, 22. December, wird der „Vossischen Zeitung“ geschrieben: „In den Kreisen der Congo-Regierung, wie in den Brüsseler fachmännischen Kreisen, ist man über das Ausbleiben sicherer Nachrichten über Stanley — sie fehlen seit 6 Monaten — beunruhigt. Die vom „Reuter'schen Bureau“ jetzt aus Zanzibar über Stanley gemeldeten Nachrichten erscheinen hier als sehr unsicher. Ein arabischer Bote, der aus Mittel-Afrika nach Zanzibar gekommen, aber weder am Albertsee, noch im Lande des Königs Mouanga gewesen ist, will von arabischen Läufern gehört haben, Stanley sei in Wadelai eingetroffen und ein von Wadelai abgegangener Bote, der sichere Nachrichten über Emin Bey und Stanley überbringe, werde in Ouganda festgehalten. Alles Das bedarf erst der Bestätigung. Man vermuthet hier, daß der Sultan von Zanzibar in dem Ausbleiben der Nachrichten seine Hand mit im Spiele hat. Tippo Tipp, den die Araber als einen Verräther an ihrer Sache betrachten, steht mit den Arabern auf Kriegsfuße. Der Sultan hetzt die Araber gegen Tippo Tipp, auf den er eifersüchtig ist, auf, und so werden alle Nachrichten von den herumstreifenden Arabern aufgefangen. Die Congo-Regierung ist ohne jede Nachricht.“

* In Frankreich hat die Bewegung für die am 5. Januar bevorstehenden Ersatzwahlen zum Senate begonnen. Im Ganzen werden achtzig neue Senatoren gewählt. Unter Anderem findet eine Ersatzwahl für den General d'Andlau statt, der, in den Limousin-Wilson-Skandal verwickelt, seiner Würde als Senator für verlustig erklärt worden ist. Die Monarchisten setzen, wie aus ihren Organen erhellt, auf die Ersatzwahlen große Hoffnungen, weil die verschiedenen Parteigruppen der Linken keineswegs dahin gelangt sind, eine gemeinschaftliche Liste aufzustellen. Obgleich die Senatorenwähler sich aus anderen Kategorien zusammensetzen wie die Wähler für die Deputirtenkammer, wird doch der Ausfall der bevorstehenden Wahlen in gewissem Maße die im Lande selbst herrschende Strömung wiederspiegeln. Wähler für den Senat sind die Deputirten der Departements, die Mitglieder der General-, sowie der Arrondissementsräthe und Delegirte der einzelnen Gemeinden. Da diese Delegirten aber das Gros der Senatswähler bilden, läßt sich auch mit großer Wahrscheinlichkeit ein Schluß daraus ziehen, ob der jüngste Regierungswechsel und die damit im Zusammenhange stehenden Vorgänge irgend wie den Monarchisten zu Statten gekommen sind.

* Sadi Carnot lebt im Munde der Araber wie einst Napoleon. Man versichert, niemals habe ein Staatsoberhaupt eine so rasche Notorietät in der muselmännischen Welt erlangt, als der jetzige Präsident der Republik wegen seines Vornamens Sadi, dessen Rechtschreibung in allen persischen und türkischen Zeitungen discutirt wird. Vorzüglich die Araber und Kabylen Algeriens und Tunesiens sehen zum ersten Male an der Spitze Frankreichs einen Mann, der einen muselmännischen Vornamen zu einem glorreichen republikanischen Namen trägt. Die Araber entnehmen daraus die Zuversicht, Carnot werde ihnen weniger als bisher Gelegenheit geben, über Ungerechtigkeiten und administrative Mißhandlungen sich zu beschweren, und er werde mittelst einer ausgedehnten Amnestie das Herz von drei Millionen algerischer Muselmänner zu erobern wissen.

* Die irischen Gerichte fahren eifrig in der Arbeit fort, die Aufwiegler ohne Ansehen der Person zur Strafe zu ziehen. In Ballyneety (Grafschaft Limerick) wurde am 22. dss. der Priester Ryan zu einmonatigem Gefängniß verurtheilt, weil er die Pächter zur Nichtbezahlung der Pachtgelder aufgereizt hatte. Der höhere Klerus wendet sich mit wachsender Entschiedenheit von dem nationalistischen Treiben ab. Auch Dr. Healy, der Coadjutor des katholischen Bischofs von Clonfert, hat sich gegen die Tyrannei der Nationalliga und die von dieser inspirirte Presse, welche dem Monsignor Persico Vorschriften für dessen an den Papst zu erstattenden Bericht machen will, aufgelehnt. In einem Schreiben an das „Freeman's Journal“ sagt der Coadjutor offen, daß er mit jedem vom Bischof von Limerick gegen das Boycotten und den Feldzugsplan geäußerten Worte übereinstimme. Man wird wohl nicht fehl gehen, wenn man die große Freimüthigkeit dieser beiden Prälaten mit einem Wink von Rom aus in Zusammenhang bringt.

* In der mexikanischen Deputirtenkammer ist ein Unterrichtsgesetz eingebracht worden, welches den Schulzwang einführt und jedem Kinde kostenfreie Erziehung sichert. Für je 20,000 Einwohner sollen zwei Schulen gegründet werden, eine für Knaben und eine für Mädchen. In den Schulen soll Unterricht in den Elementarfächern ertheilt werden und diese Anstalten sollen unter der Aufsicht der Gemeindebehörden stehen. Außerdem sollen Mittelschulen auf Kosten des Staates gegründet werden. Eltern, welche ihre Kinder nicht in die Schule schicken, haben schwere Geldstrafe zu zahlen oder selbst Gefängnißstrafe bis zu 6 Monaten zu gewärtigen.

* Die Australier fangen an, die Concurrenz der französischen Viehzucht auf Neu-Caledonien und auf einigen Hebriden-Inseln zu überwachen. Die Nickelgruben auf Neu-Caledonien bereichern sich an der Umprägung des französischen Kupfergeldes in Nickel, und die Viehzüchter als Armee-Lieferanten. Das erste Schlachtvieh wurde 1854 nach Neu-Caledonien gebracht. Es vermehrte sich so außerordentlich, daß die Menge des Angebotes den Preis eines Ochsen von 300 auf 60 Francs drückte. Die Viehzucht befindet sich wieder in blühenden Verhältnissen, seitdem die Züchter mit dem Kriegsminister eine erste Probelieferung von 3 Millionen Kilogramm Rindfleisch-Conserven contrahirt haben. Eine einzige Conservenfabrik kaufte 60,000 neucaledonische Ochsen. Die Sträflingsarbeit wird bei dieser Industrie und bei der Viehzucht vortheilhaft in Rechnung gebracht, und man hat einige Hoffnung, auch das unaussprechlich feige und jeglicher Arbeit wie Profession entwöhnte Gesindel der relegirten Recidivisten, das als industrielles Menschenmaterial tief unter dem Werthe der eigentlichen Verbrechercolonie steht, bei den mehr landwirthschaftlichen Verrichtungen gebrauchen und verbrauchen zu können. Dieselbe Firma, welche die größten Nickelgruben und das meiste Vieh besitzt, betreibt auch auf einigen Hebriden-Inseln große landwirthschaftliche Unternehmungen. Die Viehzüchter und Fleischlieferanten in Australien füllen die dortigen Zeitungen mit ihrer Entrüstung darüber.

Zu den orleanistischen Intriguen.

* Die Erklärung einer officiösen Kopenhagener Zeitung, kein Mitglied der dänischen Königsfamilie sei an der famosen Depeschenfälschung betheiligt, hat die in dieser Richtung schwirrenden Gerüchte nicht zum Schweigen zu bringen vermocht. Die „National-Zeitung“ erhält folgende Depesche:

* Wien, 23. December. Trotz aller officiösen Ableugnungen aus Kopenhagen bestätigt sich, daß die Gemahlin des Prinzen Waldemar von Dänemark, Tochter des Herzogs von Chartres, dem Zaren auf Schloß Fredensborg die gefälschten Actenstücke überreichte. Hier anwesende Mitglieder der dänischen Königsfamilie beklagen dies sehr.

Damit wäre die Frage, wer die Fälschungen begangen hat, allerdings noch nicht erledigt, indessen weisen die Zeichen dafür fortwährend nach Paris hin. Daß sehr hohe und sehr einflußreiche Persönlichkeiten in die Sache verwickelt sind, die möglichst geschont werden sollen, ergiebt sich aus der bisherigen Behandlung des Vorgangs. Denn daß ein so folgenschwerer und kecker Betrug ohne Ahndung bis jetzt geblieben ist, erscheint für ganz Europa nicht weniger wunderbar, als daß er überhaupt gewagt werden konnte. Der große Eifer, mit welchem die orleanistische Presse die Aufdeckung der Fälschung als den neuesten Roman des Herrn von Bismarck erklärte, erhält jetzt allerdings seine Aufklärung. Man muß annehmen, daß der Zar dem Fürsten Bismarck in Berlin keine Mittheilungen darüber gemacht hat, woher er die Papiere erhalten hat; es wäre sonst die jetzige Discussion unmöglich.

Sehr bemerkenswerth ist auch, was die „Kölnische Zeitung“ über ihre Enthüllungen, Bulgarien und die orleanistische Intrigue betreffend, noch nachträglich bemerkt. Das rheinische Blatt schreibt:

Prinz Ferdinand von Coburg, der erwählte und regierende Fürst von Bulgarien, wird, wenn er später einmal Gelegenheit erhält, in Muße an die traumhafte bulgarische Episode seines Lebens zu denken, mit Recht sagen können, daß ihm seine Freunde vielmehr Schaden zugefügt hätten als seine Feinde. Es ist ein eigenes Verhängniß, daß die Personen und die Interessen, die sich am lautesten und eifrigsten für den jungen Prinzen ins Mittel legten, häufig entweder einen für solche Zwecke ungenügenden Leumund besaßen oder den Bulgaren in deren innersten Empfindungen zuwider gingen. Letzteres gilt namentlich von der Geschäftigkeit, mit welcher von der römisch-katholischen Kirche für den Coburger eingetreten ward, ohne daß man bedachte, wie im Vergleich zu den Papstchristen die Mohamedaner auf der Balkanhalbinsel eigentlich beliebt ist. Was die erwähnten Personen betrifft, die Prinz Ferdinand zur Verfechtung seiner Sache sich erkor, so war ihre Wahl durchweg keine glückliche, sodaß man fast annehmen kann, sie hätten sich zum Theil freiwillig an die coburgische Arbeit gemacht, in der Hoffnung, mit dem Anspruch auf Bezahlung der Leistungen später doch nicht abgewiesen zu werden. In die Reihe dieser Personen, die der bekannte Waldapfel eröffnete, ist jetzt zum Unglück für den Prinzen Coburg auch noch der Herausgeber der „Berliner Politischen Nachrichten“ getreten, der glauben machen will, Fürst Alexander von Battenberg oder doch dessen Freunde arbeiteten gegen dessen Nachfolger — und die „Kölnische Zeitung“ gehöre in die Reihen dieser Anhänger des Fürsten Alexander. Wir sind daher genöthigt, uns heute noch etwas deutlicher mit dem Herausgeber der „Berliner Politischen Nachrichten“ zu beschäftigen, als wir es unlängst bei ähnlichem Anlaß thun mußten, wiewohl wir damals schon glaubten, verständlich gewesen zu sein. Die „Berliner Politischen Nachrichten“ bringen heute nämlich folgende Mittheilung:

> Die „Kölnische Zeitung“ hat in den letzten Tagen zwei lange Artikel gebracht, welche sich mit dem Prinzen Ferdinand von Coburg beschäftigen. Seitens Ununterrichteter ist angenommen worden, daß diesen Artikeln officiöse Inspirationen zu Grunde lägen, eine Vermuthung, welche eigentlich schon durch die Sprache der Artikel widerlegt wird, in denen sich neben sachlichen Darlegungen zahlreiche persönliche Beleidigungen befinden. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß wir es hier mit einer anonymen Gefühlsäußerung zu thun haben, welche aus den Kreisen des früheren Fürsten von Bulgarien herstammt. Die deutsche Regierung, die an den bulgarischen Dingen formell nicht mehr als andere Großmächte und sachlich am wenigsten von allen interessirt ist, würde keinen Anlaß haben, sich in dem Grade zu erhitzen.

Die „Berliner Politischen Nachrichten“ haben einen Punct richtig getroffen, daß die Aufsätze der „Kölnischen Zeitung“ anonym waren. Alles Andere aber beweist, daß zu den am allerwenigsten Unterrichteten von den Unterrichteten sie selber gehören. Die „Politischen Nachrichten“ sind nach keiner Richtung hin in der Möglichkeit, in anonymen Erklärungen ein Urtheil über den Ursprung der anonymen Aufsätze der „Kölnischen Zeitung“ abzugeben, und ihre Gönner sollten zu der Erkenntniß kommen, daß die Leitung der deutschen Politik an ihrem Ansehen Einbuße erleiden würde, wenn die Anschauung aufkäme, als ob der Herausgeber der „Berliner Politischen Nachrichten“ so enge Beziehungen zu ihr hätte, wie durch obige thörichtbreite Auslassung der Schein hervorgerufen werden soll. Wir haben allen verständigen Menschen gegenüber kaum nöthig, besonders zu versichern, daß der Verfasser unserer Aufsätze über die Geschichte und Vorgeschichte der Coburgischen Episode in Bulgarien die Verhältnisse klar gesehen und beobachtet hat, aber keineswegs Battenbergische Interessen und Wünsche verficht. Er kennt vielmehr auch die Battenbergischen Wünsche genau genug, um zu wissen, daß Fürst Alexander (im Gegensatz zu seinen ergebenen Anhängern in Bulgarien) gar nicht zu bewegen war, den Thron wieder einzunehmen, und daß auch, wenn Prinz Coburg nicht gewählt worden wäre, Fürst Alexander dem Lande fern geblieben sein würde. Darüber wird zu gegebener Zeit vielleicht Näheres mitgetheilt werden; für heute mag das Gesagte genügen, um die ebenso anmaßenden wie anmaßenden Bemerkungen des Herausgebers der „Berliner Politischen Nachrichten“ abzuweisen, dessen Dienste dem Prinzen Coburg gerade noch gefehlt haben, um die Reihe seiner schriftstellerischen Kämpen würdig zu schließen. Ernsthafte Zeitungen aber, die gleichfalls Tag um Tag an der Urheberschaft unserer Aufsätze herumrathen, mögen doch künftig, wenn sie diese Geflogenheit, die oft ein sehr mangelhaftes geistiges Tastgefühl offenbart, nicht lassen wollen, eine deutliche Erklärung Desjenigen geben, was sie unter „officiös“ verstehen. Das Wort wird nachgerade in den verschiedensten Bedeutungen gebraucht, in der Regel aber dann, wenn man eine Mittheilung bezeichnen will, die man für richtig und auf besten Quellen beruhend hält, wenn sie in einem gegnerischen Blatte veröffentlicht wird, das man glaubt um so unbedenklicher ausplündern zu dürfen, je tapferer man gleichzeitig gegen es schimpft.

Wir bemerken, was uns anbetrifft, daß wir von der erwähnten Auslassung der „Berliner Politischen Nachrichten“ überhaupt keine Kenntniß genommen haben.

Vom Kronprinzen.

* Der Berliner „National-Zeitung“ geht die folgende Zuschrift mit der Bitte um Veröffentlichung zu: „Geleitet von den Gefühlen der Verehrung und der innigen Theilnahme für den Liebling des deutschen Volkes, unseren erhabenen Kronprinzen, und in der Ueberzeugung, daß die Einwohner Berlins, welche in den Tagen des Glückes vertrauend und mit dankbarem Herzen emporblicken zum Throne der Hohenzollern, es sich nicht versagen wollen, auch in diesen trüben Tagen, wo die Hand des Allmächtigen schwer auf dem Sproß des erhabenen Hauses ruht, ihre innige Theilnahme an den Tag zu legen, hat eine Anzahl Berliner Bürger beschlossen, allen Einwohnern der Stadt Berlin Gelegenheit zu geben, zum Beginn des neuen Jahres ihren Gefühlen und Wünschen für das Glück und das Wohlergehen Sr. kaiserl. und königl. Hoheit durch Unterzeichnung einer an Hochdenselben abzusendenden Adresse Ausdruck geben zu können, ohne daß den Unterzeichnern Kosten irgend welcher Art verursacht werden. — Die Adresse wird in einer des hohen Empfängers würdigen Weise hergestellt und hat das Comité die Ausführung derselben dem bewährten Atelier des Herrn Hermann Senger, Unter den Linden 15, übertragen. Die Blätter, welche die Namen der Unterzeichner tragen, sollen mit dem Kunstblatt in albumartiger Weise zu einem Ganzen verbunden werden und liegen dieselben vom ersten Weihnachtsfeiertage an in allen Stadttheilen an dem Publicum leicht zugänglichen, demnächst durch die Tagesblätter bekannt zu gebenden, außerdem an den ausgehängten Placaten erkennbaren Stellen zur Unterschrift aus. Das Comité. J. A.: Karl Salbach. P. Dörffel. J. Göh. Hugo Klose. W. Moeser.

* San Remo, 23. December. („Vossische Zeitung“.) Das Befinden des Kronprinzen ist unverändert. Ein Spaziergang, welchen er ungeduldig ersehnt, wird ihm gestattet werden, sobald die augenblicklich regnerische Witterung sich bessert. In der Villa Zirio ist für die Weihnachtsbescherung ein acht Fuß hoher Weihnachtsbaum aus Deutschland eingetroffen. Ein Specialzeichner der „Leipziger Illustrirten Zeitung“ wurde mit großer Zuvorkommenheit in der Villa Zirio zugelassen und hat Skizzen der Zimmer und Scenen angefertigt.

* Karlsruhe, 23. December. (Wiederholt.) Den Mitgliedern der Kammern ist durch den Staatsminister Dr. Turban ein Handschreiben des Großherzogs zugegangen, in welchem der Großherzog mittheilt, daß er Sr. k. und k. Hoheit dem Kronprinzen den Ausdruck der Theilnahme des Landtags übermittelt habe. Die Kund-